

# GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

**informativ • parteilich • aktuell**



NECKARWESTHEIMER ERKLÄRUNGEN FLATTERN VOR DER HAUPTVERSAMMLUNG DER ENBW

## Neckarwestheimer Erklärung

**Unterschriften gegen Laufzeitverlängerung von Neckarwestheim I gesammelt**

VON DIRK WERHAHN

Auf dem Platz vor der Stadhalle in Karlsruhe werden die Aktionäre auf dem Weg zur Hauptversammlung der EnBW (25. April 2008) von vielfältigen Protesten empfangen. Weiße Kinderwagen weisen als stille Mahner auf das erhöhte

Kinderkrebsrisiko in der Nähe von Atomkraftwerken hin. „Atomkraft tötet“ steht auf einem Transparent der GegnerInnen der Laufzeitverlängerung des Uralkraftwerkes Neckarwestheim I.

Und da ein Termin mit der EnBW zur Übergabe der gesammelten Unterschriften zur Neckarwestheimer

Erklärung nicht zustande gekommen ist, wurden die Unterschriften auf einer Leine aufgehängt. So flatterten Tausende von Unterschriften gegen den Weiterbetrieb im Wind. Sie fordern, dass eine Verlängerung der radioaktiven, tödlichen Gefahr nicht erteilt werden darf.

## Müssen Hartz IV-Kinder draußen bleiben?

**Grüne fordern Bezuschussung des Schulessens für Bedürftige**

VON CLAUD LANGBEIN

Es werden immer mehr. Und das ist auch gut so. Gemeint sind damit die verpflichtenden Ganztageschulen. SchülerInnen bleiben bis zum Nachmittag in der Schule.

Betreuungsangebote werden flächendeckend geschaffen und auch verhungern muss niemand, denn es wird ein Mittagessen angeboten. Dieses kostet, wenn man die bisherigen Informationen zugrunde legt, zwischen 2,50 € und 3 €. Das sollte doch für alle Eltern zu tragen sein? Leider werden aber trotz sinkender Arbeitslosenzahlen die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld 2 (ALG 2) immer mehr. Denn wer eine Arbeitsstelle gefunden hat, gilt zwar nicht mehr als arbeitslos, aber in erschreckend vielen Fällen reicht das erzielte Erwerbseinkommen nicht dazu aus, den ALG 2-Regelsatz zu übertreffen. Der setzt sich zusammen aus den persönlichen Regelsätzen der Familienmitglieder (z. B. 347 € für einen Haushaltsvorstand, 312 € für einen Ehepartner und 208 € für ein Kind unter 15 Jahren) sowie der Kosten für eine „angemessene“ Unterkunft. Wenn man in einer Familie mit Kind diese Sätze

addiert, kann man sich leicht vorstellen, wie weit ein Alleinverdiener mit einem Nettolohn von 1 000 € kommt. Nämlich im Regelfall unter den Regelsatz. GeringverdienerInnen bleibt also häufig nichts anderes übrig, als aufstockendes ALG 2 zu beantragen. Das ALG 2 wiederum unterliegt einer Grundberechnung. Danach hat ein erwachsener Leistungsempfänger monatlich für das Frühstück 44,30 €, für das Mittagessen und Abendessen je 79,20 € zur Verfügung. Für ein Kind zwischen 7 und 14 Jahren sind 40 % dieses Betrags vorgesehen. Für Mittagessen also 31,68 € im Monat, was pro Tag 1,06 € ausmacht. Gerechnet auf 365 Tage, steht einem ALG 2-Schulkind pro Tag für ein Mittagessen 1,04€ zu.

Es ist leicht vorstellbar, dass sich damit ein Schulessen nicht finanzieren lässt. Chancenungleichheit im Bildungssystem beginnt somit schon beim Essen. Nachdem die Regierung eine Initiative der Opposition zur Bezuschussung des Schulessens für Bedürftige abgelehnt hat, sind nun wir in den Kommunen gefordert, Chancengleichheit für die Kinder, die ja nichts für die Situation ihrer Eltern können, wenigstens in

diesem Bereich herzustellen. In Marbach ist eine solche Initiative der Grünen leider kürzlich gescheitert. In Kornwestheim wurde dieses Thema von mir angestoßen und steht noch vor der Sommerpause zur Beratung an. Hier bin ich aber zuversichtlich: Mein Vorstoß wird von einer CDU-Stadträtin bereits unterstützt. Da fragt man sich natürlich: Wo bleibt die SPD.



FÜR 1,04 EUR GIBTS WENIGER

## Am 27. Juni nach Tübingen

**Besuch der Stadtwerke von Boris Palmer**

VON MAX BLEIF

Als im Januar dieses Jahres der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer als Gastredner beim grünen Neujahrsempfang sprach, und dabei auch die ökologische Ausrichtung der Stadtwerke Tübingen ([www.swtue.de](http://www.swtue.de)) ansprach, hinterlies er bei einigen ZuhörerInnen einen bleibenden Eindruck. Das mal in echt anschauen! Deshalb wird nun ein Besuch der Stadtwerke Tübingen organisiert, der am Freitag, 27.6. stattfindet. Abfahrt ist um 13:04 Uhr vom Ludwigsburger Bahnhof.

Folgendes Programm erwartet die BesucherInnen in Tübingen ab 15 Uhr: Begrüßung durch die Geschäftsführer der swt Herrn Wiebecke und Herrn Dr. Kötzle, Vorstellung der swt als kommunales

Querverbundunternehmen, Ziele und Strategien: Unternehmerische Verantwortung und ökologischer Anspruch, Fragen und Diskussion. Der Besuch wird ca. 90 Minuten dauern.

Wir werden mit dem Regionalexpress nach Tübingen fahren, so dass das Baden-Württemberg-Ticket genutzt werden kann. Die Tickets werden von Max Bleif (Mitglied des Kreisvorstands) besorgt und die Kosten auf die Mitreisenden umgelegt.

Anmelden kann sich jeder bis Montag 16.6.08 entweder unter [maxbleif@t-online.de](mailto:maxbleif@t-online.de) (bitte als Betreff „Besuch Stadtwerke Tübingen“ angeben) oder unter 0173-9371958.

Über eine rege Teilnahme an dieser Veranstaltung freut sich der Kreisvorstand.

## Länderrat in Berlin

**Wir sind Grün und nicht Bindestrich-Grün**

VON INGRID HÖNLINGER

**Unter dem Motto „Der Inhalt macht den Unterschied“ stand der Länderrat am 5. April in der Berliner Jerusalemkirche. Die Veranstaltung stand im regen Interesse von Medienvertretern, so dass die Politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke feststellen musste: „So viele Teilnehmer und Pressevertreter sind hier wie noch nie, und das, obwohl wir keinen Streit haben.“**

Eineinhalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl beschlossen die rund 80 Delegierten auf dem kleinen Parteitag, mit einem eigenständigen ökologischen und sozialen Profil unterschiedliche Koalitionsaussagen zu prüfen. Kriterium für mögliche Koalitionen sollen ausschließlich eigene Ziele sein. Hierzu soll die Partei das Programm geschlossen weiter entwickeln. Im Beschluss „Bündnis90/Die Grünen im Fünf-Parteiensystem“ werden zwar die meisten Übereinstimmungen mit der SPD festgestellt, deren Lage aber „schlicht als schlimm“ zu bezeichnen sei, so der Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer. Im Mai 2009 soll in einer Wahlaussage deutlich werden, mit wem grüne Projekte zu verwirklichen sind. Die Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, Renate Künast, ergänzte, dass es Koalitionsaussagen wie früher im jetzigen Fünf-Parteiensystem nicht mehr geben könne. Die Grünen „wollen und würden nie Teil einer Wischwaschi-Koalition“ betonte die Parteivorsitzende Claudia Roth. Der Grüne Kompass sei werteorientiert, ökologisch,

freiheitlich und links. Der Länderrat akzeptierte den Vorschlag, das Duo aus Renate Künast und Fraktions-Vize Jürgen Trittin als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl vorzuschlagen. Die Entscheidung soll auf der BDK im November fallen.

Auch einige Projekte für die Wahl 2009 wurden beschlossen. Ein Tempolimit auf Autobahnen soll den CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern. Datenschutz und ein Recht auf Privatheit sollen im Grundgesetz verankert werden. Ein weiteres Projekt ist die Bekämpfung der Kinderarmut durch höhere Regelsätze und flächendeckende Ganztageschulen sowie Kinderbetreuung. Fraktionsvorsitzender Fritz Kuhn hob auch den „Bildungssoli“ hervor. Geplant ist, aus Mitteln des Solidarpakts Bildungsmaßnahmen zu finanzieren. Andiskutiert wurde ein Ökobonus. Hierbei soll eine Klimaschutzabgabe den privaten Energieverbrauch entsprechend dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß besteuern. Diese Steuer soll als Ökobonus an die Bürger zurück bezahlt werden, wodurch Arme und Umweltbewusste profitieren könnten. In der Diskussion wurde an der sozialen Wirksamkeit gezweifelt, da nur wohlhabendere Menschen sich teure Energiespar-Bauweisen leisten könnten. Gewarnt wurde auch vor einem bürokratischen Ungeheim. Zum Abschluss forderte eine Resolution zu Tibet das Ende der Gewalt und den Respekt vor den Menschenrechten. Insgesamt war der Länderrat von vielen Gemeinsamkeiten geprägt und damit ein guter Einstieg in den Wahlkampf. Alle Beschlüsse und Resolutionen gibt es unter [www.gruene.de](http://www.gruene.de).

## Grüner Erfolg: Skulpturenpfad kommt 2009

Regionale und internationale Künstler sollen Ludwigsburgs Plätze bereichern

VON SIEGFRIED RAPP

Die Grünen haben einen Skulpturenpfad für das Jahr 2009 als kulturellen sommerlichen Höhepunkt beantragt. In der Begründung zum Antrag wies die Grüne Fraktion darauf hin, dass Ludwigsburg arm an Kunst im öffentlichen Raum sei. Auch habe die Diskussion um die Seemann-Skulptur gezeigt, dass die BürgerInnen der Stadt an Kunst im öffentlichen Raum großes Interesse haben. Nach Einschätzung der Grünen-Fraktion kann ein Skulpturenpfad mit Zusatzveranstaltungen auch überregional touristisch präsentiert und vermarktet werden. Dadurch könne Ludwigsburg noch an Profil als Kunst- und Veranstaltungsort gewinnen und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen. Wichtig war den Grünen von Anfang an, dass lokale, regionale und überregionale Künstler in einer qualifizierten Ausschreibung

beteiligt werden. Darüber hinaus sollte das Projekt finanziell attraktiv ausgestattet sein. Nach mehreren Projekt-Entwürfen und Diskussionen in verschiedenen Gemeinderats-Gremien wurde nun am 1. April 2008 das umfangrei-



chere von zwei Modellen mehrheitlich im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beschlossen. Die Ludwigsburger Grünen konnten sich über diesen Erfolg ihrer Kunst-Initiative freuen. Mit dem Skulpturenprojekt werden sieben unterschiedliche Orte in Ludwigsburg bespielt. Diese Objekte stehen eine Saison lang im öffentlichen Raum. Zeitlich orientiert man sich dabei an der Saison des Blühenden Barocks von Mitte März bis Anfang November. Danach werden die Skulpturen wieder abgebaut. Sie bleiben im Besitz der teilnehmenden Künstler. Die Stadt kann jedoch Kunstwerke ankaufen, die dann stehen bleiben können. Die Auswahl der beteiligten Künstler erfolgt über einen Wettbewerb. Die Ausschreibung erfolgt europaweit, geht aber selbstverständlich auch an die regionalen Künstlerverbände. Das Ludwigsburger Skulpturenprojekt findet alle drei Jahre statt. Der Beginn ist für das Jahr des Stadtjubiläums, 2009, geplant. Ludwigsburg soll der Ort für eine Skulpturen-Triennale in

der Region werden und lässt sich dieses Projekt im Jahre 2009 197.000 € kosten. In der Diskussion mit den Gemeinderäten wurde weiterhin der Wunsch deutlich, dass die Skulpturen fußläufig im Innenstadtbereich und nicht in den Randbezirken aufgestellt werden. Mögliche Orte für eine Skulpturenaufstellung sind: Westportal am Bahnhof; Schorndorferstraße, Ecke Wilhelmstraße; Schlosseingang gegenüber Marstallstraße; Holzmarkt in Richtung Marstall; Asperger Straße nach



Westen; Platz vor der Feuerwehr; Forum am Schlosspark; Reithausplatz am Marstall-Center; Kreuzung Stuttgarter Straße/Friedrichstraße; Solitudeplatz; südliche Seestraße nach Norden. Als weiterer Skulpturenstandort sollte der Schillerplatz ins Gespräch gebracht werden. Die CDU brachte in der Diskussion ein, dass vier bis fünf Kunstwerke ausreichend seien, da man dadurch Geld sparen könne. Diesem Argument hielten die Grünen-Vertreter im Kulturausschuss entgegen: „Um regional zu wirken, braucht man sieben Objekte als kritische Masse, erst dadurch wird die Reihe zu einem Pfad.“ Schließlich stimmte der WKV mehrheitlich für sieben Kunstwerke ab.



## „Plätze. Inseln im Häusermeer.“

Fest auf dem Schillerplatz am 21.06. von 10 bis 14 Uhr.  
Präsentation der grünen Pläne für Schiller- und Arsenalplatz.

## Grüne Landtagsfraktion fordert Basisschule

Modellschulen setzen auf individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen

VON ELFRIEDE STEINWAND

„Wir brauchen einen wirklichen Aufbruch“, forderte Renate Rastätter, die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag auf einer Veranstaltung der grünen Gemeinderatsfraktion zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg. Einen wichtigen und überfälligen Aufbruch leiten die Grünen im Landtag ein, indem sie am 14. 4. 2008 einen Gesetzentwurf vorlegten, der die 9- oder 10-jährige Basisschule für alle SchülerInnen fordert. Aktuell dazu steht in Ludwigsburg der Schulentwicklungsplan zur Debatte, der am 28. Mai im Gemeinderat verabschiedet werden soll. Die Akzeptanz der Hauptschule hat sehr stark abgenommen, die Demografie tut das Ihre dazu. Übergangszahlen von der Grundschule aufs Gymnasium liegen in Baden-Württemberg durchschnittlich bei 40%. In Ludwigsburg schwanken diese Zahlen, je nach Stadtteil

zwischen 18% und 56%. Das Fazit der OECD-Studien, dass die Bildungsempfehlung mit der Herkunft der Kinder in engem Zusammenhang stehe, belegen diese Zahlen überdeutlich. Die Grünen sprechen von einem menschenunwürdigen System, das von der dritten Klasse an bis zum Ende der Schulzeit die Kinder und Jugendlichen unter permanenten Druck setzt. Eltern bezahlen Nachhilfegonare in Millionenhöhe und denken nicht daran, endlich die komplette Ausbildung ihrer Kinder von den Schulen einzufordern. Zeitgemäß sind Individualisierung und Differenzierung in den Schulklassen. Einige wenige Schulen machen es bereits vor, z. B. die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden. Jedes Kind muss individuell nach seinen Begabungen und Lerntempi gefördert werden. Was in Skandinavien und Kanada längst umgesetzt ist, stößt bei Verantwortlichen auf Skepsis und Unwillen, insbesondere im Kul-

tusministerium und bei der CDU. Die Grünen bauen deshalb darauf, dass die Weiterentwicklung des Bildungssystems von unten eingeleitet wird. Kommunen, Eltern und Lehrer sind aufgefordert, diesen Prozess zu beschleunigen. Kommunen können Anträge auf Modellschulen stellen, wie sie es in Tübingen, Karlsruhe und Ravensburg bereits getan haben. Nicht nur die Haupt- und Realschulen, sondern auch die Gymnasien sind in die Entwicklung mit einbezogen und die Kinder bleiben bis zur 10. Klasse zusammen. Zwei Anhörungen im Landtag finden statt am 29. 5. zum G8 und am 20.6. mit der Begabungsforscherin Elisabeth Stern.

Reinhard Kahls neuer Dokumentationsfilm „Kinder“ wird auf einer Bildungs-Matinée am 1. Juni 2008 in zwei Kinos in Stuttgart vorgestellt. Kartenvorbestellung unter [www.adz-netzwerk.de/kinder](http://www.adz-netzwerk.de/kinder).

## Grüne für faire Löhne

Kein Lohndumping bei städt. Gebäudereinigung

VON SIEGFRIED RAPP

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg will mit Unterstützung einer externen Unternehmensberatung bis zu € 500.000,- im Bereich der städtischen Gebäudereinigung einsparen und dies bei einem gesamten Ausgabenvolumen von ca. 3,2 Mio. Euro.

Die Grünen wollen verhindern, dass durch Lohndumping und Unterbietungskonkurrenz die Reallohne der unteren Einkommensgruppen abgesenkt werden. Die Beratungsfirma soll einen Teil der Gebäudereinigung ausschreiben und nach den durchgeführten Sparmaßnahmen die Hälfte der erzielten Einsparung eines Jahres als Honorar erhalten.

Für die grüne Fraktion gilt „Wir wollen nicht, dass hier auf dem Rücken der untersten Lohngruppen Kosteneinsparungen vorgenommen werden. Auch bei der Gebäudereinigung gilt für uns der Grundsatz, dass ordentliche Arbeit anständig bezahlt werden muss. Außerdem habe die Stadt Vorbildfunktion für die angemessene Bezahlung der von ihr beauftragten Arbeitskräfte.“ Auch im Bereich der verwendeten Putzmittel sehen die Grünen

Handlungsbedarf. Nach Überzeugung der Grünen halten sich „in den städtischen Gebäuden viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene über lange Zeiträume hinweg auf. Deshalb muss auf den umweltgerechten und unschädlichen Einsatz von Putzmitteln geachtet werden“.

Die Grüne Fraktion bezweifelt auch, ob die geplanten Ausgaben für die Beratungsfirma in Höhe von ca. € 48.000,- notwendig sind. Die städtischen Fachbereiche sollen ihr eigenes Einsparpotenzial ausschöpfen und durch die Einbeziehung der Hausmeister die Abläufe optimieren. Auch für direkt und indirekt Beschäftigte der Stadt Ludwigsburg müssen verbindliche Mindestarbeitsbedingungen gelten, damit diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihre Arbeit ihre Existenz sichern können.

In Hamburg schließen die städtischen Unternehmen nur mit Reinigungsfirmen Verträge ab, die von der Innung als anständige Arbeitgeber zertifiziert sind. Die Stadt Ludwigsburg solle in diesem Sinne bei ihren Ausschreibungen auch diese Kriterien für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen anlegen.

## Grüne informieren...



... IM PINGUINKOSTÜM ÜBER DEN KLIMAWANDEL



... VOR OSTERN ÜBER GESUNDE ERNÄHRUNG

## Hauptstadt Berlin...

...ist immer eine Reise wert

Auf einer Abgeordnetenreise besuchten Elfriede Steinwand und Lidija Kalkofen (OV Ludwigsburg) Berlin. Politische Stadtrundfahrten bei sonnigen Wetter, ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt, Besuch einer Plenarsitzung zum Antrag der Grünen, den biometrischen Fingerabdruck nicht zu übernehmen und der Besuch des Holocaust-Mahnmals mit Ansprachen und Konzert zum 8. Mai standen auf dem Programm. Außerdem gab es ein Treffen mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Biggi Bender.



LIDIJA KALKOFEN, BIGGI BENDER, ELFRIEDE STEINWAND

## Logistikstandort Ensingen Unterhöhlt die Stadt Beteiligungsrechte?

VON HARALD GAßNER

Die grüne Gemeinderatsfraktion und der Vorstand des Ortsvereins Vaihingen/Enz hatten sich bereits zum zweiten Mal mit Vertretern der Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Wohngebiet Altes Bahnhöfle“ (IG) in Ensingen getroffen. Dabei erklärten diese noch einmal die Bedenken gegen die Ansiedlung eines großen Logistikstandorts an diesem Standort aufgrund des zu erwartenden Lärms sowohl im angrenzenden Wohngebiet als auch in Kleinglattbach, Enzweihingen, Ensingen und Horheim. Dabei geht es der IG um den Lärmschutz im gesamten Vaihinger Stadtgebiet. Bis zum 18. Juli 2008 muss die Stadt aufgrund der Vorgaben von EU und Bundesimmissionschutzgesetz einen Lärmaktionsplan vorlegen. Dieser sei bisher offensichtlich nicht vorbereitet. Besonders befremdlich sei für die Einwohner die fehlende Zusammenarbeit der Stadt mit ihren Bürgern. Die Stadtverwaltung hätte Bürgern teils die Akteneinsicht und teils die für Einwände notwendigen Kopien der Lärmgutachten verweigert. Bereits zwei Werktagen nach Verstreichen der Einwendungsfrist seien ausnahmslos alle Einwände abgelehnt und die Baugenehmigung für die ersten Hallen erteilt worden. Seither werden durch Bagger weitere Fakten geschaffen. In dieser kurzen Zeit hätte sich niemand ernstlich mit den umfangreichen Einwänden der Bürger auseinandersetzen können. „Es ist der Eindruck entstanden, als interes-

sieren sich die Stadt nicht für die Position und die Rechte ihrer Bürger“. Auf Gesprächsangebote ist OB Maisch nicht eingegangen. Viele Vaihinger Einwohnerinnen und Einwohner seien verärgert über das Tempo, mit dem die Stadt Sachzwänge schaffe. Noch unverständlicher sei die Reihenfolge, wie die Stadt vorgehe: Nachdem seit 5. Februar die Baumaschinen tätig sind, hat die Stadt erst ab 7. Februar um Stellungnahme zum Bebauungsplan gebeten, in dem die Straßenführung zu Gunsten der Ansiedlung des Logistik-Betriebes geändert werden soll. Bis 7. März lief die Frist für Einwendungen für ein Vorhaben, das gleichzeitig draußen auf dem Acker mit großer Schnelligkeit im wahrsten Sinne des Wortes „zementiert“ werde. Dies stelle die Ernsthaftigkeit des ganzen Verfahrens und die Glaubwürdigkeit der Stadtverwaltung in Frage. Auf die Einwände der Anlieger zu diesem Plan hat die Stadt jedoch bis heute nicht reagiert. Unverständlich ist auch, dass die Stadt auf der einen Seite bei den Bodenrichtwerten das Gebiet ums Alte Bahnhöfle als „Wohngebiet“ deklariert und in eindeutiger begrifflicher und finanzieller Abgrenzung zu „Mischgebieten“ in Ensingen und anderen Teilorten entsprechenden Grundstückswerten veröffentlicht, und auf der anderen Seite den gleichen Wohnhäusern beim Lärmschutz nur den Status eines Mischgebietes zugestehen. „Offensichtlich war die Logistiker-Ansiedlung für einige Verantwortliche so wichtig, daß sie dafür

nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutz der eigenen Bürger umsetzen wollen“, so die Vertreter der IG. Harald Gaßner, Vorstand des Ortsvereins, kennt die meisten betroffenen Bürger seit Jahrzehnten: „Vor ihnen muss niemand Angst haben. Aber wenn die Stadt weiter zu ihren Fragen schweigt, laufen wir Gefahr, eine Feigenblattdemokratie zu werden. Wollen wir diesen Preis wirklich für eine wirtschaftliche Entwicklung, die dem Investor alle Rechte gibt, bezahlen?“ Für ihn ging es bei dieser Diskussion um die Frage, wer denn entscheiden darf, „wer das Opfer für die Allgemeinheit zu erbringen hat“, und für Ulrike Schmidt-Hitschler, „wie die Mehrheit mit dieser Minderheit umzugehen bereit ist“. Auch Susanne Häusser-Essig setzte sich für schnelle Gespräche und eine kompetente Interessensvermittlung ein: „Es ist notwendig, die Kritik ernst zu nehmen und endlich das Misstrauen aus der Welt zu schaffen. Die Stimmung in der Stadt ist von vorschnellen Beschuldigungen geprägt.“ Die Vertreter der IG wiesen weiterhin auf die ungeklärten Probleme mit der An- und Abfahrt hin: Stadträte hätten den Kleinglattbachern mündlich zugesagt, den Speditionsverkehr nicht über den Kreisel und den Tunnel unter dem Bahnhof, sondern über die K 1697 in Richtung Illingen, dann am KZ-Friedhof vorbei zur B 10, abzuwickeln. In diesem Fall hätten aber die Ensinger mit zusätzlichem Lärm und noch stärkeren Emissionen zu rechnen.

## Vorstand wiedergewählt Gute Zusammenarbeit kann weitergehen

Am Donnerstag, 10. April 2008 wurde im Ortsverband (OV) Neckar-Stromberg der alte Vorstand einstimmig im Amt bestätigt. Petra Heinle-Hettig und Dioméde Baransegeta bleiben die beiden Vorsetzenden und Ulrike Bickel-Lang die Ortskassiererin im OV. Der Vorstand hat die letzten beiden Jahre sehr gut zusammengearbeitet und bereitet sich nun auf die kommenden Wahlen im Superwahljahr 2009 vor. Geplant

sind zudem eine Ökostromaktion im Juni auf dem Bönningheimer Markt und eine Veranstaltung zur Geschichte Afrikas und der sozialen und ökologischen Situation in Burundi. Erklärtes Ziel ist es weiterhin, mit allen grünen Organisationen und Verbänden vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Neue Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind zu den Treffen und zu Aktionen herzlich willkommen.



ULRIKE BICKEL-LANG, DIOMÉDE BARANSEGETA, PETRA HEINLE-HETTIG

## Naturschutz geht weiter

### Grundschule Heimerdingen erhält Naturschutzpreis

VON JULIA SCHWEIZER

Ehrenamtlicher Naturschutz im Kreis ist vielfältig – das haben auch die diesjährigen Bewerber um den von Bündnis90/Die Grünen im Kreis Ludwigsburg ausgeschriebenen und mit 500 Euro dotierten Naturschutzpreis gezeigt. Ob weit über 300 Radtouren und Veranstaltungen rund um die ökologische Art der Fortbewegung, Naturkundeunterricht, Zählung und Schutz der hier lebenden Eulen oder der Streuobstwiesen: Die für den Wettbewerb eingereichten Projekte zeugten alle von großem Engagement für unsere Umwelt. Die Wahl des diesjährigen Preisträgers fiel der Jury daher nicht leicht. Glücklicher Gewinner war aber am Ende die Grundschule Heimerdingen unter Leitung ihrer Rektorin Ulrike Allerborn. Seit vielen Jahren lernen die Kinder – unterstützt auch vom Revierförster – den Wald

kennen. Und das nicht nur auf Lerngängen, sondern auch in Waldprojekten, bei denen sie z.B. Pflanzungen anlegen, Nistkästen aufstellen oder Texte über „ihren“ Wald verfassen. Und den haben die Kinder mittlerweile tatsächlich: Die Schule hat, unterstützt von der Stadt Ditzingen, ein Grundstück gekauft und darauf während der „Waldwoche“ einen Schulwald aufgeforstet, um den sich die Kinder nun kümmern. Ein absolut lobenswertes Engagement, finden die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand, das weit über das sonst übliche hinausgeht. Geehrt werden die Heimerdinger Schüler am Kreisnaturschutztag am Sonntag, 1. Juni. Als Ort für die Verleihung ist das Rathaus in Schwieberdingen (Schlosshof 1) ausgewählt, Beginn ist 15 Uhr. Zur Stärkung gibt es nach der Präsentation des Siegerprojekts und kleinen Redebeiträgen Getränke und Kuchen.

## Die Macht der Stromkunden

### Aufforderung zum Umsteigen: Ökostrom für Klimaschutz und Atomausstieg

VON WOLFRAM SCHEFFBUCH

Der Treibhauseffekt lässt die Temperaturen klettern, die neue Kinderkrebstudie rückt die Atomkraft ins Zwielficht und die Energiekonzerne treiben die Strom-

preise nach oben. Für den Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) und das Bündnis Mensch und Umwelt Besigheim (BMU) sind das gute Gründe, sich für eine nachhaltige Energienutzung und für einen Wechsel des Stromanbieters einzusetzen. BBMN und BMU haben deshalb Ursula Sladek, Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) zu einer Informationsveranstaltung nach Besigheim eingeladen. Das Interesse an der Veranstaltung war so groß, dass im Saal die Stühle knapp wurden. Sladek

skizzierte die aktuellen Klimaprobleme, aber auch die Folgen der Atomkraftnutzung. Zur Energieverschwendung sagte Sladek: „In Deutschland könnte soviel Energie eingespart werden wie alle deutsche Atomkraftwerke erzeugen.“ Entstanden sind die EWS, aus einer Bürgergruppe, die sich anlässlich der Neuvergabe der Stromkonzession im südbadischen Schönau 1990 für eine Übernahme des Stromnetzes eingesetzt hatte. Mittlerweile sind in Schönau viele kleine Blockheizkraftwerke und Solaranlagen entstanden und auch jenseits der Gemarkungsgrenzen fördert die EWS alternative Energieerzeugungsanlagen. „Wir sind keine Stromverkäufer“, so Sladek „wir haben Visionen.“ Am Ende rief Sladek eindringlich

zum Wechsel des Stromanbieters auf: „Jeder Stromkunde, der bei seinem alten Energieversorger bleibt, gibt ihm die Legitimation so weiter zu machen wie bisher.“ Die Veranstalter zeigten sich mit dem Abend zufrieden. Wolfram Scheffbuch vom BBMN: „Die Resonanz zeigt uns, dass die Leute weg vom Atomstrom wollen.“



URSULA SLADEK

preise nach oben. Für den Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) und das Bündnis Mensch und Umwelt Besigheim (BMU) sind das gute Gründe, sich für eine nachhaltige Energienutzung und für einen Wechsel des Stromanbieters einzusetzen. BBMN und BMU haben deshalb Ursula Sladek, Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) zu einer Informationsveranstaltung nach Besigheim eingeladen. Das Interesse an der Veranstaltung war so groß, dass im Saal die Stühle knapp wurden. Sladek

gen.“ Entstanden sind die EWS, aus einer Bürgergruppe, die sich anlässlich der Neuvergabe der Stromkonzession im südbadischen Schönau 1990 für eine Übernahme des Stromnetzes eingesetzt hatte. Mittlerweile sind in Schönau viele kleine Blockheizkraftwerke und Solaranlagen entstanden und auch jenseits der Gemarkungsgrenzen fördert die EWS alternative Energieerzeugungsanlagen. „Wir sind keine Stromverkäufer“, so Sladek „wir haben Visionen.“ Am Ende rief Sladek eindringlich

## Grüne kritisieren Landräte

### Strohgäubahn droht Abstellgleis wegen Zuständigkeitsgerangel

VON EVA MANNHARDT

Die Grünen-Kreistagsfraktion fordert endlich Klarheit für die Zukunft der Strohgäubahn. Sie darf nicht am finanziellen Hickhack zwischen Landkreis, Kommunen und Region scheitern, der nach Ansicht der Grünen zu Lasten der Fahrgäste geht. Das Land wird aufgefordert, endlich Position zur Trägerschaft zu beziehen. Für die Grüne Kreistagsfraktion ist die Haltung der Landräte in der Verbundregion völlig unverständlich. „Aus verkehrspolitischer Sicht macht eine Verkürzung der Strohgäubahn auf eine Stummelstrecke zwischen Korntal und Heimerdingen keinen Sinn.“, kritisiert Kreisrätin Eva Mannhardt (Korntal-Münchingen) die Festlegung auf die so genannte NE-Variante. „Denn erst vor wenigen Jahren wurde die Streckenführung bis Feuerbach erweitert, um die Strohgäubahn attraktiver zu machen.“ Das ist auch tatsächlich gelungen. Im Abschnitt zwischen

Korntal und Feuerbach fahren so viele Fahrgäste wie zwischen Schwieberdingen und Hemmingen. Und sie könnte noch mehr Fahrgastpotenziale erschließen, sind sich die Grünen sicher: beispielsweise von Tagestouristen, in das Heckengäu und Strudelbachtal. Zudem kann von Weissach aus eine attraktive Verbindung für Berufspendler aus dem östlichen Enzkreis oder aus Eberdingen nach Stuttgart geschaffen werden. „Den Landräte geht es offensichtlich nicht um Verkehrspolitik. Sie wollen nicht die Interessen der Fahrgäste sondern nur ihre eigenen Interessen wahren“, vermutet Eva Mannhardt. Und für diese Kirchturnpolitik wollen sie dann noch nicht einmal finanziell aufkommen: Der Landkreis Ludwigsburg möchte Träger für die Strohgäubahn bleiben, gleichzeitig aber höchstens einen Anteil von 50% dafür bezahlen. Daniel Renkonen ergänzt: „Diesem kleinkarierten Besitzdenken fallen alle verkehrspolitischen As-

pekte und die Interessen der Einwohner zum Opfer.“ Es darf nicht sein, dass die Weiterfahrt zur Hälfte auf den freiwilligen Finanzierungsbeitrag der Anrainerkommunen angewiesen bleibt. In unserem Ballungsraum muss Verkehrspolitik mit Weitsicht geplant und mit Verstand finanziert werden. Die Grüne Kreistagsfraktion unterstützt deshalb auch den Antrag der Landtagsfraktion, sich in den Zuständigkeitsstreit einzumischen. Ein zukunftsfähiger ÖPNV ist für Baden-Württemberg und insbesondere für die Region der Landeshauptstadt eine Grundvoraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Er wird in Zukunft angesichts der Umweltprobleme und der Probleme auf den Straßen ein immer wichtigerer Faktor werden. Es wird deshalb höchste Zeit, dass das Land sich ebenfalls zu seiner Verantwortung bekennt und hier nicht nur ordnend sondern auch mit finanzieller Unterstützung eingreift.

## Studie: Kinderkrebsrisiko nahe AKW ist höher Mahnwache in Bietigheim

VON WOLFRAM SCHEFFBUCH

Die Kinderkrebsstudie des Mainzer Kinderkrebsregisters hat eindeutig festgestellt, dass die Anzahl der Erkrankungen mit zunehmender Nähe zu den Atomkraftwerken steigt. Doch die Politik reagiert nicht.

An mehreren deutschen Atomkraftwerksstandorten sind deshalb am letzten Sonntag Menschen auf die Straße gegangen und haben Mahnwachen abgehalten. Die Forderung hierbei war

klar: Es müssen umgehend Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie gezogen werden. Die Aufsichtsbehörden müssen handeln. Auch wir als Neckarwestheimer Standortinitiative haben uns an den Aktionen beteiligt und protestierten mit einer Mahnwache auf dem Kronenplatz im zehnten Kilometer entfernten Bietigheim. Neben Infotischen und Transparenten verteilten wir „essbare“ Schokokuss-Atomkraftwerke, die gerne von den Passanten „vernichtet“ wurden.



## Vergleich des VCD bestätigt: Die VVS-Tarife sind sehr hoch ÖPNV stärken: Zurückhaltung bei Tarifierhöhung und deutliche Verbesserung des Angebotes gefordert

VON JOSEF MATSCHINER

„Der neueste Vergleich des VCD Frankfurt belegt einmal mehr, dass die VVS-Tarife sehr hoch sind“, beklagt Josef Matschiner, Regionalrat im Verkehrsausschuss. „Wir fordern die VVS-Gesellschafter auf, auf Erhöhungen wie in den vergangenen Jahren zu verzichten und stattdessen ernsthaft zu überlegen, wie sie das Angebot verbessern können!“ Eine Einzelkarte für das Stadtgebiet kostete laut VCD-Fahrpreisvergleich 2008 in Stuttgart 2,35 Euro, beim VGN Nürnberg jedoch lediglich 1,90 Euro. Stuttgart sei im Vergleich mit 13 deutschen Großstädten nach Hamburg am teuersten. Auch bei den anderen Tickets, bei Tageskarten oder Wochen- und Monatskarten finde sich der VVS stets in der teureren Hälfte des Vergleichs wieder. In der Spitzengruppe mit den günstigsten Tarifen finden sich dagegen Nürnberg, Karlsruhe und Leipzig. „Was in Nürnberg, Karlsruhe und Leipzig möglich ist,

nämlich ein attraktiver ÖPNV bei günstigen Preisen, muss auch bei uns möglich sein!“, fordert Matschiner. Neben einer Mäßigung bei Tarifierhöhungen erwarte die grüne Regionalfraktion Verbesserungen des Angebotes wie zum Beispiel das Kurzstreckenticket für die S-Bahn mit 1 Euro für eine Haltestelle; verbundübergreifende Tickets nach dem Vorbild der Karlsruher RegioX-Karte; besonders wichtig: eine Reduzierung der Tarifzonen. „Wir haben 47 Tarifzonen, das macht das Fahren mit dem VVS unübersichtlich und teuer“, so Matschiner, „gerade Stuttgart als die Großstadt mit der höchsten Feinstaubbelastung in Deutschland müsste mehr für den ÖPNV tun!“



## Termine

25.05.08 Grüne Wanderung nach Großbottwar

26.05.08 „Initiative gegen Gentechnik“ Erdmannhausen (19 Uhr)

04.06.08 KMV im Ratskeller, Ludwigsburg (19 Uhr)

14.06.08 Landesausschuss in Filderstadt.

21.06.08 „Plätze. Inseln im Häuermeer.“

27.06.08 Besuch der Stadtwerke Tübingen

09.07.08 Nominierungs-KMV BTW Neckarabern, Hotel Otterbach, Bietigheim. (19 Uhr)

13.07.08 Boule-Turnier im Bürgergarten (16 Uhr)

18.07.08 Nominierungs-KMV BTW Ludwigsburg, Ratskeller, Ludwigsburg.

Termine an [gruenspiegel@gmx.de](mailto:gruenspiegel@gmx.de)

Impressum

## Grünspiegel

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg.

Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ludwigsburg, Ortsverband Ludwigsburg Im Umland, Umlandstraße 21 71638 Ludwigsburg Tel: 07141-927926 Fax 07141-905194 [buero@gruene-ludwigsburg.de](mailto:buero@gruene-ludwigsburg.de) [www.gruene-ludwigsburg.de](http://www.gruene-ludwigsburg.de) KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw. BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination Uta Hermenau, Julia Schweizer, Max Bleif, Dirk Werhahn [gruenspiegel@gmx.de](mailto:gruenspiegel@gmx.de)

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe: April/Mai/Juni 2008

Auflage: 700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

## Klimaschutz in der Region

### Die Grünen fordern langfristiges regionales Klimaschutzkonzept mit konkreten und messbaren Zielen

VON ILSE MAJER-WEHLING

Die Reduzierung von CO<sub>2</sub> ist nicht irgendein politisches Problem neben vielen, sondern eine Jahrhundertaufgabe von oberster Priorität. Anstrengungen auf allen Ebenen - also auch auf der der Region - sind dringend nötig. Die Entscheidungsträger, voran der Regionaldirektor, verkünden zwar ständig die Notwendigkeit der CO<sub>2</sub>-Reduzierung durch die Metropolregionen bis zu 80 % im Jahr 2050, aber konkrete Klimaschutzziele für die Region gibt es bis jetzt nicht. Dabei müsste es um die Fragen gehen: Wie haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Region in den letzten 15 Jahren entwickelt? Und von welcher Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist in der Region bis zum Jahre 2020 auszugehen? Welche Ziele und Standards zur CO<sub>2</sub>-Minderung verfolgt die Region?

Das Bundesumweltministerium sieht in der Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 % bis zum Jahre 2020 ein wichtiges Etappenziel für den Klimaschutz - Wird dieses Ziel auch von der Region verfolgt? In welcher Form und in

welchem Umfang beteiligen sich die Partner der Region an der Umsetzung der Klimaschutzziele? Laut Dr. Steinacher und Verbandspräsident Bopp wird in Sachen Energie und Klimaschutz genug getan durch das Engagement des Verbands für die nachhaltige Finanzierung des ÖPNVs, den Ausbau des S-Bahn-Netzes und die Verbesserung des S-Bahn-Taktes, den eingeschlagene Kurs der Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Freiflächensicherung, die thematische Schwerpunktsetzung „Klimaschutz“ im europaweiten Netzwerk der Metropolregionen (METREX) und die Beteiligung der Region am GRIP-Modell der EU (Gemeinsam mit über 20 Partnerregionen hat die Region bei der EU einen Förderantrag von 4,3 Millionen Euro gestellt. Mit diesem Modell kann der Treibhausgasstatus einer Region ermittelt werden. Zudem können Szenarien unterschiedlicher Siedlungs- und Verkehrsentwicklung auf ihre Klimarelevanz überprüft werden).

Zugegebenermaßen sind das alles sinnvolle Aktivitäten; sie ersetzen aber nicht ein langfristiges regio-

nales Klimaschutzkonzept mit konkreten und messbaren Zielen. Im Großraum München arbeiten in dem Bündnis „München für Klimaschutz“ Großunternehmen, Industrie-, Handwerks- und Umweltverbände gemeinsam mit der Stadt an dem Ziel einer 50%igen CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2030. Warum ist das bei uns nicht möglich?

Aus meiner Sicht als Mitglied des Wirtschaftsausschusses könnten verschiedene Maßnahmen sehr schnell umgesetzt werden, beispielsweise 1. Aufbau einer „strategische Partnerschaft“ mit HWK, IHK, IG Metall und ggf. anderen Organisationen bzw. Unternehmen, 2. Förderung von speziellen Unternehmensinitiativen, z.B. mit Automobilindustrie, Energiewirtschaft, innovativen Umweltunternehmen, Holzwirtschaft, IT-Unternehmen zum Thema „Unternehmen engagieren sich für Effizienz und Klimaschutz“, 3. Identifizierung von Potenzialen auf Grundlage der Potenzialstudie zu erneuerbaren Energien in der Region aus dem Jahr 2000 und darauf aufbauend Erhebung und Vermarktung der Marktpotenziale für die vor allem kleinen und mitt-

leren Unternehmen der Region im Bereich Energie- und Klimaschutz (z.B. bei Wärmedämmung, Heizkesselerneuerung, KWK; erneuerbaren Energien).

Ein solches „regionales Konjunkturprogramm“ würde Investitionen in Mrd.-Höhe in und für die Region auslösen. Durch Einbeziehung der Handwerksbetriebe, die dadurch Beratungskompetenz erhielten, würden auch die Kommunen unter Druck geraten und sich in einem „Klimaschutzbündnis“ engagieren (so geschehen in der Region Südlicher Oberrhein). Intern könnte die Verbandsverwaltung auch etwas tun, zum Beispiel 10 % weniger Papier verbrauchen, 100 % Recyclingpapier verwenden, auf 100 % Ökostrom umsteigen, Videokonferenzen durchführen, um Dienstreisen zu vermeiden, unvermeidbare Flüge mit CO<sub>2</sub>-Klimaabgabe kompensieren.

Auch in den anderen Ausschüssen haben die Grünen konkrete Ideen, die wir spätestens zu den Haushaltsberatungen wieder in Anträge einfließen lassen wollen nach dem Motto: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

## Gute Berichterstattung kostet

### Anhörung im Landtag zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

VON DIRK WERHAHN

Der von Jürgen Walter (MdL) organisierten Anhörung merkt man die Spannung an. Es geht um Geld, um viel Geld.

ARD und ZDF wollen das digitale Angebot ausweiten, denn laut Peter Boudgoust (Intendant des SWR) liegt die mediale Zukunft im digitalen Bereich und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen sich auch in diesem Feld weiterentwickeln. Dies stößt bei den privaten Anbieter

und der Printmedien auf großen Widerstand, denn sie sehen einen Wettbewerbsnachteil für sich und ihre Angebote.

Im Konkurrenzkampf um den Werbekuchen wird von den privaten Rundfunkveranstaltern gefordert, der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle sich auf die GEZ-Gebühren als Einnahmequelle beschränken und nicht durch Werbung noch weitere Mittel einnehmen.

Jürgen Walter hebt hervor: „Die Rundfunkgebühr ist in der Diskussion. In der jetzigen Form hat

sie keine Zukunft. Die haushaltsbezogene Mediengebühr, die auch den PC mit einschließt, wird zunehmend als Modell, das auch von den Grünen unterstützt wird, diskutiert.“

Dass es gute und starke - von der Öffentlichkeit finanzierte - Sender geben muss, wird in der Anhörung klar. Denn laut Podium lässt sich mit seriösen Nachrichten nach wie vor kein Geld verdienen. Journalistisch gut recherchierte Nachrichten sind auch in dieser medialen Welt ein wichtiger Bestandteil der Demokratie.

Buch-Neuerscheinung | Siegfried Rapp

# Kuss oder Schluss

Mediation für alle / Familien, Paare und Singles

Sechs Praxisfälle, Beziehungsrezept, Kommunikationstipps, Interviews rechtliche Infos, ...

Vorworte: Jutta Lack-Strecker, Henning Scherf  
160 Seiten, Euro 14,95

Weitere Informationen und Bestellung: [www.likom.info](http://www.likom.info)  
Telefon 07141/688 79 99